GEORGE EASTMAN HOUSE OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
JAN 30 1936

Abend-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Alle Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg.	Berlin,	Nr.
1936	Freitag, 11. Dezember	1662

Neuer deutscher Schritt in Moskau.

Berlin, 11. Dezember. Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, suchte dieser Tage erneut den Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, auf und brachte wiederum die Verhaftung deutscher Reichsangehöriger in der Sowjetunion zur Sprache.

Herr Litwinow-Finkelstein war nicht in der Lage, nähere Angaben über die den Verhafteten im einzelnen zur Last gelegten strafbaren Handlungen und über den Stand des schwebenden Untersuchungsverfahrens zu machen.

Zum kommissarischen Regierungspräsidenten ernannt.

Berlin, 11. Dezember. Der Reichs- und Preußische Minister des Innern, Dr. Frick, hat mit Zustimmung des Preußischen Ministerpräsidenten den Regierungsvizepräsidenten Dr. Varain in Münster mit der kommissarischen Verwaltung der Stelle des Regierungspräsidenten in Trier beauftragt.

Am Sonnabend Eidesleistung des Unterhauses.

London, 11. Dezember. Das Unterhaus wird am Sonnabend um 15.45 Uhr MEZ den Treueid auf den König leisten. Am Montag abend wird Baldwin eine Botschaft des Königs im Unterhaus verlesen.

Baldwin teilte im Unterhaus weiter mit, daß nach Erledigung noch notwendiger Arbeiten das Unterhaus am 18. Dezember in die Weihnachtsferien gehen werde.

Unterhausanfragen zu Generalstabsbesprechungen.

London, 11. Dezember. In der Unterhaus-Sitzung am Donnerstag stellte der liberale Abgeordnete **Mander** zwei Fragen an den Außenminister, die sich auf die englisch-französischen gegenseitigen Garantien bezogen. Zunächst wollte er wissen, ob zwischen den Generalstäben nur unterrichtende Unterredungen geführt worden seien oder ob irgendwelche vorlorgliches technischen Abkommen für eine gemeinsame Aktion im Falle eines nicht herausgeforderten Angriffes vorgelegen worden seien.

Eden antwortete darauf, daß er seiner Erklärung vom 2. Dezember nichts hinzuzufügen habe. Er habe einen vollen Bericht über diese Generalstabsbesprechungen Ende Mai gegeben, und seit diesem Zeitpunkt hätten keine Verhandlungen mehr stattgefunden.

Mander wollte weiter wissen, ob die Garantien auch für die britischen Dominien und die Kolonien gelten.

Eden erwiderte, daß sich der Abgeordnete wahrscheinlich auf die Erklärung des französischen Außenministers vom 4. Dezember beziehe, nach der alle französischen Streitkräfte zur Verteidigung Großbritanniens in Falle eines unprovozierten Angriffs eingesetzt werden sollten. Diese Zusicherung sei natürlich von der Regierung außerordentlich begrüßt worden. Aber hier liege eine klare Bezeugung vor, ebenso wie in den Garantien der englischen Regierung auf Grund des Vertrages von Locarno.

Eine „Französische Radikale Partei" gegründet.

Paris, 11. Dezember. Die Verbindung, die die Radikalsozialistische Partei durch ihre Teilnahme an der Volksfront mit den Kommunisten eingegangen ist, hatte zahlreiche Mitglieder und auch Kreise, die mit den Radikalsozialisten bisher sympathisierten, vor den Kopf gestoßen. Eine Reihe von Persönlichkeiten, darunter der frühere Generalsekretär der Radikalsozialistischen Partei, Pfeiffer, und der frühere Minister Bastion Gard, haben deshalb eine neue Partei ins Leben gerufen, die durch ihre Benennung „Französische Radikale Partei" zum Ausdruck bringen will, daß die alten Grundsätze der Radikalsozialisten unverfälscht hochgehalten werden sollen. Die neue Partei hat ihre erste Landesratstagung in Paris abgehalten.

An der Sitzung nahmen 200 Vertreter der Landesgruppen teil. Verschiedene Redner betonten, daß Frankreich seine alte republikanische und parlamentarische Tradition hochhalten müsse. Ein Redner kritisierte besonders scharf den radikalsozialistischen Abgeordneten Archimbaud, der in einer Kommunistenversammlung erklärt habe, er ziehe das Sowjetregime dem Faschismus vor.

Pfeiffer, der den Vorsitzt der neuen Partei angehören wird, bezeichnete es als Ziel der Partei, ein Sammelbecken für alle gesunden Kräfte des Landes unter Ausschluß des Marxismus und der Reaktion darzustellen. Die Radikalsozialisten um Herriot usw. hätten ihre Mission durch das Bündnis mit den Kommunisten verlegnet.

In der Parteierklärung heißt es: „Die Moskowiter wollen uns in den Bürgerkrieg führen. Das darf nicht zugelassen werden. Das Parlament muß souverän bleiben. Die Dohung mit der Diktatur der Straße muß aufhören. Wir begreifen nicht, daß ein Ministerpräsident die Fabrikbesitzungen wohl dulden und verurteilen kann, aber nicht so die Macht besitzt, sie zu verbieten. Wir dulden nicht, daß sich die Kommunisten das Recht anmaßen, die Versammlungsfreiheit zu beschneiden.

„Wir wollen nicht die dummen Opfer eines angeblichen „Kreuzzuges der Demokratien" sein, bei dem wir allein die Gefreizeiten sein würden. Gestern haben wir uns den Nationalisten und den Kanonenhändlern widersetzt, die Frankreichs Grenze an die Weichsel verlegen wollten, heute widerstehen wir uns den Moskowitern, die auf Frankreich die angelsächsische deutsche Gefahr ablenken möchten. Als Patrioten treten wir für die Verstärkung der Landesverteidigung ein, um einzelnen Drohungen begegnen zu können; aber soweit das von uns abhängt, stehen wir die Entsammung in den internationalen Beziehungen mit allen Nachbarn ohne Ausnahme vor!"

Zum Schluß der Erklärung heißt es, die neue Partei werde mit der alten Radikalsozialistischen Partei zusammengehen in allen gemeinsamen Fragen, man werde sie aber bekämpfen, wenn sie weiter der Schrittmacher der Revolution sein wolle. Volksfront sei gut, aber sie dürfe nicht zur revolutionären Front werden.

Verstärkung der sowjetrussischen Waffentransporte.

Odessa, 11. Dezember. Nachdem auf der Schlußsitzung des 8. Rätekongresses die Bildung eines allsowjetischen Volkskommissariats für Kriegsindustrie angeordnet worden war, sind sofort eine Reihe von Verordnungen erlassen worden, die eine erhebliche Verstärkung der Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Spanien betreffen.

Der neue Volkskommissar für Kriegsindustrie, der Jude Moses Ruchimowitsch, sein Stellvertreter, der Jude Michail Moissejewitsch Kaganowitsch (Michael Moses Cohn), und der zweite Stellvertreter und bisherige Leiter der sowjetrussischen Flugzeugindustrie, der Jude Romuald Adamowitsch Muklewitsch, haben eine Reise von weiteren sowjetrussischen Dampfern zur Verladung insbesondere von Artillerie, Flugzeugen und Munition bereitstellen lassen und werden auch die weitere Verschiffung von Kriegsmaterial persönlich überwachen.

Im Hafen von Odessa herrscht Hochbetrieb. In den nächsten Tagen wird die Ankunft von Moses Ruchimowitsch und Michael Moses Cohn erwartet. Die sowjetrussischen Waffenfabriken, die einzigen Fabriken, deren Arbeitern eine ausreichende Lebensmittelversorgung und genügende Entlohnung zugesichert worden sind, arbeiten mit Ueberstunden.

Polen verbietet Waffenausfuhr nach Spanien.

Warschau, 11. Dezember. Im Amtsblatt erscheint eine gemeinsame Erklärung des Außenministers, des Verkehrsministers und des Handelsministers, die die Ausfuhr von Waffen nach Spanien und in spanische Ueberseegebiete verbietet. Künftig ist jede Ausfuhr von Waffen, Munition, Flugzeugen, Flugzeugteilen usw. nach dorthin verboten. Die polnische Regierung wird Handelsschiffen unter polnischer Flagge ebenso wie Flugzeugen, die Konterbande führen, weder durch die polnische Kriegsmarine noch durch die diplomatischen Vertretungen Schutz gewähren lassen.

Gleichzeitig berichtet im Amtsblatt eine Mitteilung, die den Artikel 11 des Staatsangehörigkeitsgesetzes in Erinnerung bringt, wonach jeder polnische Bürger seine Staatsangehörigkeit verliert, wenn er ohne Erlaubnis in eine fremde Armee eintritt.

Ramon Franco Militärkommandant der Balearen.

Paris, 11. Dezember. Das Große nationalistische Hauptquartier hat den Bruder des Generals Franco, den Flieger Ramon Franco, zum Militärkommandanten der Balearen ernannt.

Die Erschließung des italienischen Imperiums.

Mailand, 11. Dezember. Der **Popolo di Roma** veröffentlicht eine Unterredung mit dem Kolonialminister Lessona über seine Inspektionsreise in Libyen und die Frage der wirtschaftlichen Erschließung des Imperiums durch die Kolonialverwaltung. In erster Linie komme danach die landwirtschaftliche Besiedlung des neuen Gebiets in Frage. In unmittelbarer Nähe von Addis Abeba würden auf Befehl des Duce zwei Besiedlungszentren, Oletta und Bischoftu, für Kleingrundbesitzer gebildet. Weitere Ackerbauunternehmungen würden in anderen Gebieten des Imperiums gegründet werden. Kolonialminister Lessona erwartet bemerkenswerte Ergebnisse der Erforschung der Badenschätze. Zu diesem Zweck seien in Italien zwei Bergwerksgesellschaften gegründet worden, von denen die eine mit modernen Einrichtungen die Goldminen Eritreas ausbeute und die andere die Platinbergwerke in Westäthiopien. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten würden mit faschistischer Tatkraft und Entschlossenheit allmählich überwunden werden. Die allgemeine politische Lage sei in jeder Hinsicht ausgezeichnet. Die restlose Besetzung des Gebietes werde unter Mitwirkung der Bevölkerung eifrig fortgesetzt, die sich endlich von der Herrschaft des Negus befreit fühle.

Ein jüdisch-bolschewistisches Entlastungsmanöver.

Genf, 11. Dezember. Nachdem der bisherige Verlauf des Prozesses gegen den Juden Arnold Frankfurter in Bern bereits eindeutig klargestellt hat, daß die Auslandsorganisation der NSDAP. in der Schweiz und ihr von seiger jüdischer Mörderhand gefallener Landesgruppenleiter Gustloff stets streng legal-vorgegangen und die Gesetze des Gastlandes und das Völkerrecht beachtet haben, hat die jüdisch-bolschewistische Clique es für notwendig gefunden, zu einem Entlastungsmanöver zu schreiten. Sie bediente sich dabei einer obskuren Organisation, die sich „Internationale Juristische Vereinigung" nennt und die in Genf einen „Pressepempfang" veranstaltet hat, um gegen die Auslandsorganisation der NSDAP. und ihre angebliche „Spitzeltätigkeit" Stimmung zu machen.

Die genannte Vereinigung ist dadurch hinreichend gekennzeichnet, daß Elemente, wie die berüchtigten Bolschewisten Moro Giafferi und Henry Torres, ihrem Vorstand angehören und frühere Berliner Rechtsanwälte, wie die Juden Apfel und Rosenfeld, ihre treibenden Kräfte sind.

Da diese saubere Vereinigung wohl selbst eingesehen hat, daß sie mit dem lümmerlichen Judenjungen Frankfurter doch keinen Staat machen kann, wurde der Schwerpunkt der Besprechungen in dem Pressempfang auf die Spanische Frage verlegt. Dabei wurde der Versuch gemacht, das seinerzeit bei der Plünderung des deutschen Generalkonsulats in Barcelona von den Bolschewisten entwendete Material gegen die deutsche Politik auszunützen. Diese Tendenz wurde noch durch die Anwesenheit des sogenannten „Konsuls" der Valencia-Bolschewisten unterstrichen.

Ungarische Pressestimmen über die jüdische Hetze.

Budapest, 10. Dezember. Der Mordprozeß Frankfurter findet in der Presse stärkste Beachtung. Die Blätter bringen in großer Aufmachung Berichte, die das außerordentliche Interesse der Weltöffentlichkeit an diesem Prozeß widerspiegeln.

Der **Függetlenség** schreibt, die internationale Erregung um den Mörder Frankfurter wurde recht verdächtig an. Von Südafrika bis Amerika, von London bis Galizien würden Gelder gesammelt und internationale Organisationen in Bewegung gesetzt, um einen Mörder, der kaltblütig einen unschuldigen Menschen umbrachte, der Hand der Gerichtsbarkeit zu entziehen. Völlig unverständlich sind vom Standpunkt der Verteidigung auch schmackvoll sei es, den Mörder Frankfurter als Nationalhelden hinzustellen.

Der **Pesti Hirlap** bringt in einem Berliner Bericht eine eingehende Lebensbeschreibung Gustloffs, in der hervorgehoben wird, daß die gesamte Linkspresse Gustloff mit Angriffen überhäuft habe, als er die Leitung der NSDAP. in der Schweiz übernahm. Die Schweizer Behörden hätten jedoch festgestellt, daß alle gegen Gustloff erhobenen Verdächtigungen grundlos gewesen seien.

Zu dem Verleumdungsfeldzug der liberal-jüdischen Presse nimmt der nationalvölkische **Uj Magyarsag** Stellung und erbringt den einwandfreien Nachweis, daß es sich um einen groß angelegten Versuch des Judentums handele, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn zu stören.

Das Blatt schreibt, die liberalen Blätter verbreiteten planmäßig Artikel fechtstrangiger Emigrantenblätter und scheuten nicht davor zurück, in ihrem maßlosen Haß Greuelnachrichten aus marxistischen und freimaurerischen Quellen zu bringen. Alles dies tue die liberale Presse im Namen und auf Rechnung des Ungarntums mit der Absicht, die deutsche Oeffentlichkeit gegen Ungarn aufzuhringen.

„Uj Magyarsag" unterstreicht mit größter Empörung, daß diese „rassenreinen Helden" der Feder das ungarische Volk in einer Zeit zu beeinflussen suchten, in der zwischen Deutschland und Italien das Verhältnis von Tag zu Tag herzlicher und freundschaftlicher werde, damit sie auf der anderen Seite die deutsch-ungarischen Beziehungen untergraben könnten.

Hollands Befremden über den Sachverständigen in Chur.

Amsterdam, 10. Dezember. Das **Nationale Dagblad** weist in einer Betrachtung über den Prozeß gegen den Mörder Gustloffs auf das mehr als merkwürdige Verhalten des Sachverständigen Dr. Jörger hin, dessen Auftreten als Sachverständiger vor dem Churer Gericht einen befremdlichen Eindruck hinterlassen habe. Sein Gutachten, in dem er die politischen Beweggründe der Tat abzustreiten bemüht war, die Frankfurter selbst wiederholt zugegeben hatte, sei ein Plädoyer für Frankfurter gewesen.

Kommunistische Geheimorganisation in Wien aufgedeckt.

Wien, 11. Dezember. Die Polizei hat in den letzten drei Tagen schlagartig in zahlreichen Wiener Bezirken eine große Nachrichtenorganisation der Kommunisten aufgedeckt, die als Wirtschaftsorganisation getarnt war. 126 Personen, darunter mehrere Juden, wurden in Haft genommen und zahlreiches Propaganda- und Nachrichtenmaterial, das auch die Verbindung mit ausländischen Stellen beweist, beschlagnahmt.

Verhaftungen an der Schweizer Grenze.

Bern, 11. Dezember. An der Grenze bei Basel wurden 14 Tschechoslowaken und Oesterreicher angehalten, die die Grenze überschreiten wollten, um sich als Freiwillige nach Spanien zu begeben. Nach Abschluß der Untersuchung werden sie gemäß einem Bundesratsbeschluß, der die Durchreise zur Teilnahme an den Wirren in Spanien verbietet, über die schweizerisch-österreichische Grenze abgeschoben werden.

Ueberreichung der Nobelpreise in Stockholm.

Stockholm, 11. Dezember. Die Festlichkeit anläßlich der Nobelpreis-Verteilung im Konzerthaus fand unter den herkömmlichen Formen statt. König Gustaf verteilte die Preise, die aus der Festurkunde, der goldenen Plakette und dem Scheck bestehen, an die Nobelpreisempfänger.

Anstelle des Nobelpreisträger für Literatur, Eugen O'Neill, der krankheitshalber die Reise nach Stockholm nicht antreten konnte, empfing der amerikanische Geschäftsträger den Preis aus der Hand des Königs. Unter den diesjährigen Nobelpreisträgern befand sich auch der Chemieforscher Professor Peter Debye. Die Würdigung der Forschungsarbeit des Professors Debye erfolgte durch den schwedischen Professor Arne Westgren. Der König beglückwünschte Professor Debye bei der Ueberreichung des Preises in deutscher Sprache.

Neue Sowjet-Judenkommissare.

Moskau, 11. Dezember. Nach der Ernennung der Juden Ruchimowitsch und Kaganowitsch zu Kriegsindustriekommissaren sind nunmehr an ihrer Stelle der Jude Gurewitsch, Sorebrowski und Ossipow zu stellvertretenden Volkskommissaren für die Schwerindustrie ernannt worden.

Der neue japanische Botschafter in Moskau.

Moskau, 11. Dezember. Der neue japanische Botschafter in Moskau, Shigemitsu, hat dem Vorsitzenden des Zentralvollzugsausschusses, Kalinin, sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Der Streitfall von Tsingtau beigelegt.

Schanghai, 11. Dezember. Zwischen dem Oberbürgermeister von Tsingtau und dem japanischen Generalkonsul ist eine Verständigung über die Beilegung des Streitfalles, in dessen Verlauf japanische Truppen in Tsingtau gelandet worden waren, erreicht worden. Danach sollen die japanischen Landungstruppen am 15. Dezember zurückgezogen werden. Der Betrieb in den bestreikten japanischen Spinnereien wird am 14. Dezember wieder aufgenommen.

Die Stadtverwaltung hat zugesagt, die Arbeiterschaft zur Innehaltung dieser Vereinbarung zu veranlassen. Die Entspannung findet sichtbaren Ausdruck in der Abreise des Vizeadmirals Hasegawa, des neuen Chefs der dritten japanischen Flotte, der sich an Bord seines Flaggschiffes nach Schanghai begeben hat.

Vollstreckung eines Todesurteils.

Berlin, 11. Dezember. Am 11. Dezember 1936 wurde in Cöslin der am 29. März 1916 geborene Richard Krafft hingerichtet, der vom Schwurgericht in Cöslin wegen Mordes zum Tode verurteilt worden ist.

Krafft hat am 3. Februar 1936 bei Altbütten (Kreis Belgard) den 50jährigen Schneider Wilhelm Wangke, mit dessen Stiefmutter er seit mehreren Jahren ein nicht ohne Folgen gebliebenes Verhältnis hatte, erdrosselt, weil dieser ihm wegen seiner mangelnden Sorge für Mutter und Kind häufig berechtigte Vorhaltungen gemacht hatte.

Verantwortlich: Kurt Schapperopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.